

Die Zeitungs-Landeszeitung für die Provinz Sachsen 17. für Anhalt und Thüringen 1928

Table with 3 columns: Subscription rates (Halle-Saale, Berlin), date (Dienstag, 10. Juli 1928), and publisher information (Verlagsgesellschaft Berlin).

Gegen die preussische Flaggennotverordnung!

Spruch des Staatsgerichtshofes im Potsdamer Flaggenstreit

Leipzig, 9. Juli. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat im Potsdamer Flaggenstreit folgende Entscheidung gefaßt: Die Verordnung vom 8. August 1927 über die Beflaggung der gemeindlichen Dienst- und Schulgebäude ist mit der preussischen Verfassung unvereinbar.

Das Land Preußen machte geltend, daß es nach preussischem Recht wohl zulässig sei, Angelegenheiten der Selbstverwaltung der Gemeinden und Gemeindeverbände diesen zu entsagen und durch Gesetze zu regeln. Die Voraussetzungen des Artikels 65 der Reichsverfassung seien gegeben gewesen. Die Geier des Verfassungsartikels am 11. August 1927 sei eine brennende politische Frage gewesen. Die Öffentlichkeit habe sich über die Lösung dieser Frage in lebhafter Erregung befunden. Verschiedene Städte hätten sich mit Fragen über die Rechtslage an das Ministerium des Innern gemeldet. Ob bei einer demokratischen Haltung gewisser Leiter von Gemeinden einfacher polizeilicher Schutz genügt haben würde, müsse bezweifelt werden. Die Klagesteller ließen außer Betracht, daß es sich hier doch nicht um eine Parteifrage, sondern um die verfassungsmäßigen Reichsfragen gehandelt habe. Auch die formellen Voraussetzungen für den Erlass der Notverordnung hätten unbedeutend vorgelegen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich in der Potsdamer Flaggenstreit vertrat Reichstagsabg. Dr. Gering den Standpunkt der Stadt Potsdam, wobei er betonte, daß das Reichsgesetz einen bestimmten Flaggennutz aufzwingen wolle. Bei Begründung der Flaggennotverordnung genüge der Hinweis auf mögliche Zwischenfälle. Wenn man dann nach den Beschluß des hiesigen Ausschusses des preussischen Landtages, der der Notverordnung zugestimmt habe, unter die Lupe nehme, so müsse doch gesagt werden, daß es nicht angeht, sie, wie es dort gefaßt, daß für fehlende Zentrumsmittelglieder im Ausschuss ein Sozialdemokrat an Stelle dieser Zentrumsmittelglieder einsetzten dürften. Der preussische Staat handle in diesem Falle absolutistisch als der absolute König gehandelt habe.

Im weiteren Verlauf des vor dem Staatsgerichtshof verhandelten Potsdamer Flaggenstreits erklärte Abgeordneter Seelmann-Gegeert für die deutschnationalen Fraktionen des preussischen Landtages, seine Fraktion sei zu ihrem Einspruch gegen die Flaggennotverordnung schon entschlossen gewesen, bevor Potsdams Einspruch bekannt geworden sei. Nach Artikel 61 B. V. der Reichsverfassung sei ein Gesetz nur bindend, wenn es verfassungsmäßig zustande gekommen sei, was von der freitragenden Notverordnung nicht gesagt werden könne. Demnach sei der preussischen Landtag im Falle der Ministerialdirektor Dr. Behr, es sei innerhalb der preussischen Staatsregierung kein Mensch auf den Gedanken gekommen, den Umfang der Selbstverwaltung durch den Erlass der Notverordnung einzusengen, aber Beflaggen habe im Laufe der Zeit eine ganz andere Bedeutung bekommen, als es viele früher gehabt habe. Heute sei die Frage der Ausdehnung des Landesbesitzes, und es könne seinem Gesetze verstoßen werden, einer historischen Entwicklung Rechnung zu tragen und ein Gesetz zu erlassen, das einer solchen Veränderung gerecht werde. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsorgans sei es einer Gemeinde verboten, demokratisch anders zu flaggen, als in den Landes- oder Reichsgesetzen. Die preussische Regierung beantragte, beide Klagen zurückzuweisen. Darauf wurde vom Staatsgerichtshof das bereits oben bezeichnete Urteil gefaßt.

Das Spiel im Kreise

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Regierungserklärung deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die zum kommenden Herbst ausgesetzte Tagung des Völkerverbundes die Abrüstungsfrage endgültig lösen müsse. Wir sind aber trotz dieser Erklärung dennoch der Meinung, daß die kommende Tagung ebensoviele irgendwelche positive Ergebnisse in der Abrüstung zeitigen wird, als es bisher der Fall war. In Wirklichkeit sind wir weiter davon überzeugt, daß eine Lösung der Abrüstungsfrage entfernt. Was auch die deutsche Delegation unter Führung des ehemaligen Staatssekretärs v. Simon gewisse Erfolge erzielt haben. Bei Rücksicht auf das Ergebnis ein zu überaus mageres, daß von einem Fortschritt mit dem besten Willen kaum die Rede sein kann.

Bei der großen Reichstagsdebatte über die Regierungserklärung haben sich die Deutschnationalen unumwunden für den Kelloggischen Antirüstpakt erklärt. Diese Erklärung ist von großer außenpolitischer Bedeutung, geht doch aus ihr unzweifelhaft hervor, daß künftig die von unsen Gegnern so gern propagierte Neutralitätstheorie der Deutschnationalen glatt ins Wasser fällt. Frankreich wird dennoch genau wie zuvor befreit sein, diese angeblichen Neutralitätsbedingungen als die eigentliche Grundlage der französischen Abrüstungsbestrebungen hinzustellen, die besamtlich ausdrücklich hervorhebt, daß die Abrüstung erst dann allgemein durchgeführt werden könne, wenn Frankreich durch Schaffung der nötigen Sicherheit gegen solche Neutralitätsbestimmungen geschützt sei. Dieses Verlangen nach Sicherheit ist natürlich ein Spiel im Kreise, bei dem die Frage sich dauernd in der Schwanz beißt und die bis an die Zähne bewaffneten Mächte sich dauernd die Wälle gegeneinander zuwerfen. Das Spiel unwürdige Spiel nur den einen Zweck verfolgend, den alten Zustand zwischen „Sieger“ und „Besiegten“ zu vereinigen und die völlig entwaffneten Staaten zum Karren zu halten, liegt doch klar auf der Hand. Jede der deutschen Reichsregierung wird es sein, dem deutschen Volke den Beweis zu liefern, daß sie fest entschlossen ist, bei der kommenden Tagung in Genf sich auf keinerlei faule Kompromisse mehr einzulassen, sondern durch ihr Auftreten ebendort eine Klärung herbeizuführen will. Die Gegner der Abrüstung müssen ausweichen werden, offen vor aller Welt Farbe zu bekennen.

Heute ist der Auswärtige Ausschuss des Reichstages zu einer Sitzung einberufen, in der der Kellogg-Pakt, die Ergebnisse oder Genfer Verhandlungen des Sicherheitsausschusses und die Tagung des Völkerverbundes besprochen werden sollen. Bei dem letzten Punkt können wir getrost zur Tagesordnung übergehen. Diese letzte Tagung des Völkerverbundes war eine der größten Genfer Fiascos. Keine Partei dürfte sich tonderlich darüber aufregen. Was den Kellogg-Pakt anbetrifft, weiß die ganze Welt, daß Deutschland mit den amerikanischen Vorklärgen völlig einverstanden ist. Wenn sich auch hier derselbe Stillstand wie bei den Genfer Verhandlungen des Sicherheitsausschusses bemerkbar macht, so ist die Schuld deshalb lediglich dem unwürdigen und verdeckten Spiel der Franzosen und Engländer zuzuschreiben. Auch hier wird Deutschland mit offenen Karten, während unsere Feinde den Kelloggischen Vorklärgen mit List und Arglist entgegenzutreten.

Bei dem Reichenschaftsbericht über die Tagung des Genfer Sicherheitsausschusses wird die deutschnationalen Opposition wahrscheinlich gehörig ins Leder schießen. Die Vorgehen des Staatssekretärs v. Simon in Genf, die lediglich den Zweck verfolgend, dem Völkerverbund bessere Waffen zur Verfügung von Kriegen in die Hand zu geben, wurden bekanntlich von der Opposition in Genf niedergebühelt.

Die Opposition im Auswärtigen Ausschuss wird den Vorwurf erheben können, daß statt eines Waffenstillstandes eine „Einstellung der Feindseligkeiten“ genossen soll, daß man die Kontrolle der Durchführung der Völkerverträge mit List verhindert habe, daß die deutsche Vertretung in Genf sich ohne viel Gegenwehr von der französischen Sicherheitspropaganda ins Schlepptau nehmen ließ. Herr v. Simon wird wahrscheinlich darauf erwidern, daß er bei den Verhandlungen in Genf die Richtlinien der Streife

Die Zeppelin-Taufe in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 9. Juli. Seit Jahren hat die Stadt Friedrichshafen nicht soviel feierlich gefeiert Menschen und so viele feierlich gefeiert Häuser gesehen, wie am heutigen Montag. In der großen Luftschiffhalle, die in Zusammenhang und Röhrenden prangte, versammelten sich gegen 11.00 Uhr die zahlreichen Gäste der Taufzeremonie. Neben ihnen thronte das Reichsluftschiff, dessen Führerposten am Zug ein aus Kornblumen gebundenes „Z“ trug. Neben der Führerposten war die Taufzettel aufgebaut worden. Bevor der Taufbecken des Himmels rühmten des ewigen Ehre“ die Taufzeremonie einleitete, überreichte Dr. Geiger der mit ihrem Gemahli erschienenen Tochter des alten Grafen Zeppelin, der Grafen Brandenstein-Zeppelin ein prächtiges Blumenbouquet. In seiner Begrüßungsansprache feierte Dr. Geiger das neue Luftschiff als eine Brücke des Friedens zwischen den Nationen. Der Wunsch, das neue Luftschiff solle eine prächtige Übung für den geistigen Schöpfer des leistungsfähigsten sein. Im Namen der Geburtsstadt des Grafen Zeppelin, der Stadt Heilbrunn, wünschte Oberbürgermeister Dr. Wöhrle dem neuen Zeppelin

Beschluss der deutschnationalen Parteivertretung

Berlin, 9. Juli. Die deutschnationalen Parteivertretung nahm am Montag am Schluß ihrer Beratungen einstimmig folgende Entschliessung an: Die Parteileitung billigt einstimmig die Oppositionsstellung der Reichstagsfraktion, wie sie in den letzten Neben der Parteivertretung am Ausdruck gebracht worden ist, und erachtet die Fraktion die Politik der Deutschnationalen Volkspartei auf dieser Basis weiterzuführen.

Reichsregierung und Landwirtschaft

Die Bauernnot in der östlichen Grenzmark Preußens

Berlin, 9. Juli

Die Bevölkerung der Reichshauptstadt, die durchweg beträchtlich weniger von der Landwirtschaft und deren Not betroffen ist, als die Bevölkerung der östlichen Grenzmark Preußens, die durch entvölkerte Kasernen, bestehende Einbauten und umgelegte Gärten förmlich verwüstet. Ein Sonntag man sich vorstellen, welches Unheil Mischelwinde und Hagelsturz draußen auf den gepflegten Äckern der Bauern anrichten. Nun verstand man den letzten Kolportier der landwirtschaftlichen Verbände der Grenzmark Posen-Westpreußen, der jedoch bereitwillig wurde: Durch die großen Unwetterkatastrophen der letzten Wochen ist die östliche Grenzmark Preußens, deren Bevölkerung schon im Januar den Betrag von 140 Millionen überschritten hatte, vor dem Ruin. Im vergangenen Jahre sind 80 000 Morgen dort nicht mehr erntungsfähig bestellt worden und 3 000 Morgen landwirtschaftliche Arbeitskräfte fehlen dieser Provinz, die heute rettungslos verloren ist, wenn man sie nicht hilft. Die neue Reichsregierung Müller hat in ihrer ausgeübten Politik auch der Landwirtschaft ein kleines Opfer gebracht. In dem vorliegenden Subsidienplan, den sich unsere neubestehende Reichsregierung angeeignet hat, sieht es so: Die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft ist im Interesse eines gesunden Aufbaues des deutschen Volkes unumgänglich notwendig. Deshalb sollen Maßnahmen des Reiches zur Förderung der Bodenverbesserung und Hebung der technischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung festgelegt werden, ebenso alle Mittel zur Erleichterung der Erträge und zur Verbesserung der Ernte- und Viehhalterverhältnisse. Und so weiter. Außerdem verpricht das Kabinett die Durchführung des von der vorherigen Regierung übernommenen Volkprogramm. Was steht es mit diesem Volkprogramm? Im Reichsfinanzministerium, das in dem bisherigen Demokraten der Reichsregierung, der Reichsminister gegenwärtig eine Denkschrift vorbereitet, die dem Reichstag und hoffentlich auch der Öffentlichkeit einen klaren Überblick geben soll über das, was bis jetzt geschehen ist. Man wird aus dieser Übersicht erfahren, daß die bereitgestellten Mittel zur Verbesserung des Vieh- und Viehhalters sind — noch nicht aus-

gegeben, so schnell wiehen die Provinz nicht, aber doch bereits für bestimmte Zwecke „behalten“ worden seien. Demgegenüber verfuhr über die 80 Millionen für Landwirtschaft, Pflanzenerzeugnisse, Obst und Gemüse. Hier nicht verfuhr sie über die bewilligten 25 Millionen zur Neugestaltung des Viehwirtschaftswesens. Hier bleibt also dem neuen Minister ein weites Feld der Verfügung. Noch wichtiger ist, daß die sog. Umschuldung so verfaßt, wie sich der letzte Abschlag als Gehaltsgeld bezahlt hat. Für die Umschuldung sind bis jetzt 110 Millionen Mark streblich ausgegeben worden. Träger der Rente sind bekanntlich die Landesbanken, die Girozentralen und ähnliche Stellen. Als Zinsenpflicht gingen nach Königsberg 30 Millionen, Pommern erhielt rund 10 Millionen, Hannover 10 Millionen, die Rheinprovinz erhielt 8, Westfalen 8, Baden 8 und Württemberg 2 Millionen. Die kommende Denkschrift wird nämlich hervorheben, daß man bisher „in geistiger Umfang bemerkt gewesen ist, auch dem kaiserlichen Volk bei der Umschuldung eine besondere Hilfe zuteil werden zu lassen“. Der Verzicht hat bis nicht in Erfüllung gebracht, was man aber dieses Mal nicht ein Tropfen auf dem heißen Stein? Die deutliche nationale Fraktion des Reichstages hat eine Interpellation eingereicht, in der behauptet wird, daß der kaiserliche Julianus der deutschen Landwirtschaft, auch wenn die Maßnahmen des Volkprogramm sich weiterhin ausbreiten, fast mit unternehmender Schärfe andauern. Besonders sei der Fall bei den östlichen Provinzen und in den Betrieben, die Bodenverbesserung Güter bewirtschafteten oder in flussfähigen ungenügenden Gebieten lagen. Als Ursachen der fortwährenden Not werden angegeben nicht nur die drei aufeinander folgenden Ernten und die schweren elementaren Katastrophen, sondern auch in wesentlichen die bisherige Zoll- und Handelspolitik, die öffentlichen Renten, die sozialen Aufgaben, die Militärdenkmälerbeiträge, die ihre furchtbare Minderwirkung über auf die Steuerpolitik, auf die Selbstverschuldung, auf den Kapital- und Kreditmarkt. Das in dem vorliegenden Denkschrift, der sich nicht nur in wesentlichen eine allgemeine Krise, in die wir hineinzuführen müssen. Aber der Reichstag wird sich gründlich damit beschäftigen müssen, wenn er die kleinen Streitigkeiten um Anleihe, Verpfändung und Panzerkrieg glücklich hinter sich gebracht hat.

Der 11. August — keine Kabinettsfrage

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 9. Juli.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist nach wie vor damit zu rechnen, daß die Reichsregierung am 11. August zum Nationalfeiertag nicht zumittreten wird. Jedemfallsige Folgen bei einer etwaigen Absicherung der Vorlage durch den Reichstag sind jedoch nicht zu erwarten, da es sich trotz der Zurückhaltung der Vorlage durch den Reichsministerinneren Seevering nicht um eine Regierungsfrage im eigentlichen Sinne, sondern um eine Reichsentscheidungsfrage, die dem Reichstage zugewiesen wird, handelt. Die Ablehnung des 11. Augusts als Nationalfeiertag durch die Reichspartei würde also keine Kabinettsfrage zur Folge haben.

Reichswehr und Potemkin-Film

(Ein Zwischenfall in Berlin.)

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 9. Juli.

Nach einer Berliner Mitternachtung ist am Sonntag ein Reichswehrsoldat, der im Tauentzien-Palast den dort laufenden Potemkin-Film besah, daran von zwei anderen Reichswehrsoldaten, die sich in der Nähe befanden, gehindert worden. Am Sonntag besah sich das Soldatenspaar unter der Beobachtung eines solchen Doppelpostens, der vor dem Eingang aufgestellt genommen hatte. Die Direktion des Soldatenbesuches anläßlich eines solchen Doppelpostens, die beiden Reichswehrsoldaten um ihre Ausweise zu bitten. Der eine von ihnen wies sich als Oberreiter und Rekrutentragender des Gruppenkommandos aus und erklärte, die Weisung erhalten zu haben, den Besuch der Vorstellung durch Reichswehrangehörige zu verhindern, bzw. deren Namen festzustellen.

Wie die „Z. U.“ hierzu erfährt, ist das Reichswehrministerium zuerst noch mit der Bestimmung des Zwischenfalls beschäftigt. Für das Reichswehrministerium handelt es sich lediglich darum, festzustellen, ob die Vorfälle, in der die beiden Soldaten aufgestellt genommen hatten, als Privatvergehen oder als öffentlicher Ungehorsam zu betrachten ist. Wie erwidert, ist innerlich allen Reichswehrangehörigen der Besuch des Potemkin-Films verboten worden. Dieses Verbot ist, wie von zuständigen Stellen ausdrücklich festgestellt wird, noch nicht aufgehoben worden. Zweifelhaft ist im Augenblick nur die Frage, ob der betreffende Reichswehrsoldat in demselben behandelt hat oder nicht. Die Untersuchung dürfte noch im Laufe des Montags abgeschlossen werden.

Einweihung eines Abtunnungsdenkmals in Allenstein

(Telegraphische Meldung.)

Allesstein, 9. Juli.

Bekanntlich fand in Allenstein die feierliche Einweihung eines Denkmals zur Erinnerung an die vor acht Jahren erfolgte Abtunnung statt. Die Stadt zeigte reiche Festlichkeit. Am Sonntagabend fand eine Begrüßungsfeierlichkeit statt, an der u. a. ein Vertreter der Reichs- und Staatsregierung und ein Vertreter des Ausländischen Amtes teilnahmen. Alle Redner gaben bei Begrüßung und feierlichem Ausbruch, daß die abgetunnen Gebiete Ost- und Westpreußens recht bald wieder mit dem deutschen Mutterlande vereint würden. Es wurden Begrüßungslegationen an den Reichspräsidenten sowie die Reichs- und Staatsregierung abgelesen. Vom Reichspräsidenten ging folgendes Antwortschreiben an die Stadt zur Erinnerung an die vor acht Jahren erfolgte Volkswahl in Allenstein. „Vermehmt dankt ich für die Grüße, die ich in treuer Verbundenheit mit Ostpreußen herzlich erwidere!“

Seuilleton

Salz, 10. Juli.

Hinter den Kulissen

Intendant Schürmers Witsch von Ernst. Der Intendant des Erfurter Stadttheaters, William Schürmer, ist nach zehnjähriger Amtszeit von seinem Posten zurückgetreten; er hat damit zugleich seine künstlerische Laufbahn abgeschlossen. Unablässig des Witschits fand im Stadttheater eine Aufnahmefähigkeit statt. Der Intendant, die Witschelle des Stückes „Café des Artistes“ spielte. In einer daran anschließenden besonderen Feiern über dem scheidenden Intendanten reiche Ehrenungen zuteil. Oberbürgermeister Dr. W. A. n. überreichte ihm die Urkunde der Ehrenmitgliedschaft des Stadttheaters.

Baden kündigt den Vertrag mit dem Landesbühnen. Der badische Landtag hat beschlossen, anzuschließen dem Vertrag der Regierungsparteien den Vertrag mit dem Badischen Landesbühnen zu kündigen.

Der „abgebaute Wiede“ — nicht an die Dresdener Komödie. Bekanntlich muß Paul Wiede, der Direktor des Dresdener Schauspielhauses, im September dieses Jahres in Pension gehen, weil er die Altersgrenze, das 66. Lebensjahr, erreicht hat. Wie die Witschits nicht anders zu erwarten war, hat er nicht die Absicht, ein unangenehmes Leben zu führen. Man sprach schon vor einiger Zeit von einem Eintritt des Wieders ins Albert-Theater, nun aber wird mit einmal bekannt, daß Wiede in die Leitung der Dresdener Komödie eintritt. So bleibt er der Dresdener Schauspielhaus erhalten und wird der unter der Leitung des hiesigen neuen Regisseurs stehenden Bühne eine neue, persönliche Rolle geben.

Mag Reinhardt im Wiener Stadttheater. In Wiener Theaterkreisen wurde erzählt, Prof. Reinhardt habe das Stadttheater für die nächste Saison gepachtet, um darin das amerikanische Stück „Artisten“ zu Ende aufzuführen. Dieser haben jedoch unüberwindliche Vorbehalte über die Möglichkeit von Gehaltsfragen zwischen Reinhardt, dem Bruder Prof. Reinhardts, und

Nordtirol fordert Eingreifen Europas in Südtirol

(Telegraphische Meldung.)

Innsbruck, 9. Juli.

Die Tiroler Mitglieder des Nationalrates werden am Dienstag in Rom sämtlicher 206 Nordtiroler Gemeinden am Pustetplatz 2. Die Eingabe überreicht, in der das Verlangen gestellt wird, daß gegen die Unterdrückung des deutschen Volkes in Südtirol bei den europäischen Mächten Einspruch erhoben und auf das Einschreiten der Mächte zur Einberufung der Leiden der Deutschen Südtiroler eingetreten werde.

Spover soll „feucht“ werden

(Telegraphische Meldung.)

Witgen, 9. Juli.

Der republikanische Präsidentenwahlkandidat Hoover, der bei Präsident Coolidge sein Amttrittsgelübde von seinem Staatsfeindem eingeleitet hat, hat seinen feuchten Schwanz, eine Freundes glauben, daß ein solcher Schritt unbedingt erforderlich ist, wenn die „nahe“ Anhängerschaft des demokratischen Kandidaten Smith im Osten erfolgreich bekämpft werden soll.

Die überraschende Kabinettsumbildung in Italien

Am Palazzo Chigi ist man nach hier vorliegenden Meldungen mit dem über die politische Umgestaltung des italienischen Kabinetts außerordentlich erregt, trotz jedoch vorläufig völlig im Dunkeln. Vor allem ist es unerfindlich, wie Mussolini gerade den Finanzminister Grafen Solpi di Mifurata entlassen konnte. Solpi galt als einer der tüchtigsten Männer des fascistischen Regimes, ist ihm bekanntlich auch die Stabilisierung der Finanzen zu verdanken, wie Solpi überaus in der internationalen Finanzwelt unbefristete Autorität war. Sein Nachfolger, der Senator Mosconi, ist der frühere Chef der Kabinettskanzlei Giolittis. Der Nachfolger des eben-

falls zurückgetretenen Innenministers Febele ist der bisherige Finanzminister Cingolli, dessen Namen der bisherige Innenminister in der Kabinettsliste, Professor der Geologie Dr. Alexander Marcellini, übernimmt. Auch Febele galt als einer der besten Mitarbeiter Mussolinis, und es mußten wohl Vorbehalte allgemeinpolitischer, nicht aber fachlicher Art gegeben sein, die den politischen Wechsel im schiedlichen Ministerium herbeiführten. Er hatte nämlich der Regierung die Natur der Meinungsverschiedenheiten sogar ihre Bedeutung, so daß man nach wie vor auf bloße Vermutungen angewiesen ist.

Der Mord in Sofia

Die in der Nacht zum Sonntag in den Straßen Sofias erfolgte Ermordung des Führers des macedonischen revolutionären Komitees, des Generals Protogerow, löst einen Augenblick lang einen Riß jenes Schieres, der über den Irubredner im Herzen des Balkans gestreift liegt. Protogerow war ein sehr bekannter bulgarischer Revolutionär. Er hatte während der Revolutionen durch die Truppen der Mittelmächte den Posten eines Gouverneurs inne und hat sich namentlich bei der Unterdrückung des Aufstandes von Topliß hervorgetan. Nach dem Abzug der Protogerow Anhänger einer schwächeren Bewegung und stand mit dem General nicht mehr so ganz auf dem besten Fuße. Er hat sich über die Gründe, die zu seiner Ermordung führten, nicht äußern wollen, hat sich aber mit Bestimmtheit über die Natur der Ermordung geäußert. Infolge dessen erlitten Protogerow im macedonischen Lager viele Feinde, an deren Spitze Bantische Witalow steht, der sich mit jener Menschena Karmahischa befreundete, die seinerzeit im macedonischen Aufstand die Witalow-Bewegung führte. Die bieder auf Bulgaris, das sich wegen einer Auslandsanleihe mit Bulgari nicht vereinigen wollte, zur Verfügung gestellt habe, um gegen die macedonischen Freischärler vorzugehen. Protogerow kommt aus Odessa und hatte vor kurzem erst sein 66. Lebensjahr vollendet. Witalow war ebenfalls ein Revolutionär und hat sich als ein ausgeprägter Freund eines bulgarischen Lebenswandel. Ebenfalls zeigt der Mord in Sofia, daß Mazedonien nach wie vor ein ungelöstes Problem ist und bleibt.

Von deutschen Hochschulen

Greifswald.

Der Privatdozent für Radiologie an der Greifswalder Universität, Dr. Hans Schindler, ist zum nächstjährigen außerordentlichen Professor ernannt worden. Professor Schindler ist begabter und langjähriger Redakteur der „Zeitschrift für Hochschulpädagogik“. Gebürtig aus Wien, war er Schüler der Philosophen Robert Zimmermann und besonders Franz Brentanos. Seine akademische Laufbahn begann Schindler in München, wo er 1920 nach Greifswald übertrug und hier einen Lehrauftrag für Hochschulpädagogik erhielt.

Breslau.

Der Stadtbaumeister Carlitz in Darmstadt hat einen Ruf auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Städtebau an der Technischen Hochschule in Breslau erhalten und angenommen.

Der durch den Wegzug des Prof. W. Mischelich an der Universität Breslau erledigte Lehrstuhl der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ist dem ord. Professor Dr. rer. pol. Franz Gutmann in Jena angeboten worden. Gutmanns Arbeiten betreffen besonders Finanzwissenschaft, Geldwesen, Agrarökonomie. Er ist ein geborener Münchener, war Schüler von Friedrich Knapp und Werner Sigmund in Straßburg, wo er auch mit einer Dissertation „Soziale Gliederung der Bauerz zur Zeit der Wirtschaftskrisen“ promoviert. Im Sommer 1912 habilitierte sich Gutmann in Tübingen für Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Wirtschaftsrecht, erhielt dort später den Titel und Rang eines außerordentlichen Professors und fideliter 1921 als Ordinarius nach Jena als Nachfolger von Prof. Zerhelle über.

Kiel.

Der Ordinarius an der Universität Köln Dr. Günster Nachmann hat einen Ruf auf den Lehrstuhl der Historischen Philologie, Archäologie, Ethnologie und Germanistik der Friedrich-Wilhelms-Universität in Kiel erhalten. Nachmann, der aus Gumbinnen gebürtig ist, widmete sich in Göttingen und Bonn dem Studium der Historischen Philologie, Archäologie, Ethnologie und Germanistik bei Friedrich Schwegler und Prof. Bademann, war 1900—1912 Mitarbeiter am Theatrum linguae latinae in München, später Medaer ebenfalls, erhielt in Würzburg die venia legendi, später das Privatdozentur und Ostern 1917 eine a. o. Professur in Göttingen, wo er zum Ordinarius befördert wurde. 1922 kam Nachmann nach Greifswald, später nach Breslau und 1925 nach Kiel.

